

Wien, am Samstag, den 1. Oktober 1927

WIENER GEMEINDERAT

Fortsetzung der Debatte über die Erhöhung des Strassenbahntarifes.

Der Gemeinderat hat heute früh nach zwei Uhr mit den Stimmen der Mehrheit den neuen Strassenbahntarif genehmigt. Es kam wiederholt zu stürmischen Zusammenstößen zwischen Mehrheit und Minderheit. Als vor ein Uhr früh der sozialdemokratische Gemeinderat Hofbauer Schluss der Debatte und Wahl von Generalredner beantragte, schlugen die Christlichsozialen auf die Pultdeckel und rufen der Mehrheit zu: Das ist eure Demokratie! Der Hofbauer ist der Wiener Scharfrichter! Das Bummerl muss machen, was ihm kommandiert wird. Den Bemühungen des Bürgermeisters gelingt es nach längerer Zeit die Ruhe wieder herzustellen. Als Generalredner sprach Gemeinderat Rummelhardt, der in scharfen Worten gegen die Tarifierhöhung ankämpfte und kurz die Ereignisse vom 15. Juli besprach, wobei er auch sagte, dass Sozialdemokraten in Strassenbahneruniform, die Reichspost gebrandschatzt hätten. Diese Worte wurden von der Mehrheit mit grossen Lärmsszenen aufgenommen und als dann Vizebürgermeister Emmerling in seinem Schlusswort erwiderte, dass Gemeinderat Rummelhardt sich einer unerhörten Beschuldigung gegen alle Strassenbahnangestellten schuldig gemacht hat, kam es zu turbulenten Szenen. Die meisten Mitglieder der Minderheit riefen, dass Gemeinderat Rummelhardt nicht alle Strassenbahnangestellten gemeint hätte, sondern nur einen Teil. Die Lärmsszenen dauern fast eine halbe Stunde, bis endlich gegen zwei Uhr früh Vizebürgermeister Emmerling sein Schlusswort beenden, Bürgermeister Seitz die Abstimmung vornehmen und die Mehrheit gegen den lebhaften Widerspruch der Christlichsozialen die Vorlage unverändert annehmen konnte.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Am Schlusse seiner Ausführungen verlangt Gemeinderat Prinke die Wiedereinführung der Linie 74 und die Ausdehnung des Strassenbahnverkehrs nach Kaiser Ebersdorf über 11 Uhr nachts hinaus.

GR. Körber (E. L.) vergleicht die Situation der städtischen Strassenbahn vor dem Kriege und heute. Früher ist die Strassenbahn kaufmännisch geleitet worden. Jetzt ist die Frequenz eine bedeutend grössere und wir haben ein Defizit. Das ist unerklärlich. Bei der Strassenbahn müssen endlich Einrichtungen geschaffen werden, die eine kaufmännische Führung gewährleisten. (Beifall).

Es ist inzwischen 3/4 ein Uhr nachts geworden. Bürgermeister Seitz erteilt nun dem Gemeinderat Hofbauer (soz. dem.) das Wort zur Geschäftsordnung. Die Christlichsozialen machen sofort Lärm. Sie rufen: Pfui! Jetzt soll die Redefreiheit erdrosselt werden! Hoch Abrahamovics! Gemeinderat Hofbauer beantragt im Lärm Schluss der Debatte, worauf es neuerlich zu lebhaften Zwischenrufen auf beiden Seiten des Hauses kommt. Der Antrag wird gegen die Stimmender Christlichsozialen angenommen. Ebenso der weitere Antrag Hofbauers auf Wahl von Generalrednern. Als der Lärm sich nach längerer Zeit gelegt hat, stellt Bürgermeister Seitz fest, dass noch 24 Mitglieder der Partei der Einheitsliste zum Wort gemeldet sind. Zum Generalredner kontra wird Gemeinderat Rummelhardt bestimmt, der ausführt:

Die Reihe der Redner, die Sie durch den Antrag auf Schluss der Debatte ums Wort gebracht haben, hätte ebenso sachlich gesprochen, wie die Redner, die zum Wort gekommen sind. Wir protestieren auf das Energischste

gegen diese Vergewaltigung (Beifall bei der Minderheit). Wir protestieren dagegen, dass es einer Parteikonferenz vorbehalten blieb, diese Tarifierhöhung zu bestimmen. Die Strassenbahn ist ein Beförderungsmittel für die gesamte Bevölkerung. Sie haben aber nur eine Instanz angerufen, die dazu gar nicht berufen ist. Der gegenwärtige Strassenbahnverkehr ist auch eine Schande für Wien, das jetzt sich zur Fremdenverkehrsstadt entwickeln soll. Die Fremden werden von diesem Verkehrsmittel nur abgestossen. Man hört mit Recht, dass Wien auf dem Gebiet des Strassenbahnverkehrs zu den rückständigsten Städten gehört. Skandalös ist auch die Behandlung der Passagiere durch einen Teil jener Bediensteten, die erst ganz kurze Zeit im Dienst stehen. Da glaubt jeder, er müsse die Macht der Sozialdemokratie in Oesterreich verkörpern. Diesen Leuten ist es zuwider, wenn sie von einem Fahrgast um eine Auskunft angegangen werden. Eine Beschwerde an die Strassenbahndirektion nützt gar nichts. Herr Direktor Spängler hat im Stadtsenat gemeint, dass auf eine Anzeige immer geantwortet wird. Das ist richtig, aber in dieser Beantwortung steht kein Wort von Sühne. Ein Teil der Strassenbahn/sind gar keine Sozialdemokraten sondern aufgelegte Bolschewiken, wie das der 15. Juli gezeigt hat. Oder wollen sie Sozialdemokraten sein, dann bitte ich es den Bolschewiken ab; dann waren es halt Sozialdemokraten, die in ihrer Uniform den Justizpalast in Brand gelegt haben, dann waren es Sozialdemokraten, die die Spritzenschläuche mitdurchschnitten haben, dann waren es Sozialdemokraten in Strassenbahneruniform, die die Reichspost gebrandschatzt haben und die mit dem anderen Mob mitgestohlen haben. Wir verlangen, dass unbedingt derartige Dinge abgestellt werden, wir verlangen eine gewisse Disziplin, aber keine politische Unerhörtheit, dass man sogar einen Strassenbahner, der sich eine Kritik des 15. Juli erlaubt hat, massregelt. Wir müssen verlangen, dass endlich unsere berechtigten Wünsche und Beschwerden ordentlich behandelt werden.

Redner beantragt, dass der Gemeinderat zum Zwecke der Vorbereitung des Baues einer Untergrundbahn eine fünfzehngliedrige Kommission einsetze. Das Material, das noch unter der christlichsozialen Gemeindeverwaltung für den Bau einer Untergrundbahn gesammelt wurde, sei dem Gemeinderat vorzulegen.

Als Gemeinderat Rummelhardt seine Rede schliesst, brechen die Christlichsozialen in stürmischen Beifall aus.

Vizebgr. Emmerling bespricht nun sehr ausführlich die Einwendungen die gegen die Tarifierhöhung gemacht worden sind. Auf den Vorwurf, dass die Vorlage auch die Wiener Konferenz beschäftigt habe, erklärt Vizebgr. Emmerling, dass früher der Bürgerklub entschieden habe, bevor sich der Gemeinderat mit solchen Vorlagen beschäftigen konnte. Damals wurden die Strassenbahntarife wiederholt erhöht, obwohl das Unternehmen grosse Reingewinne an die Gemeindekasse abführen musste. Heute bekommt die Gemeinde von der Strassenbahn keinen Groschen, sondern berechnet nur die Selbstkosten. Er bitte, die Anträge Preyer (Auflassung des Sondertarifes an die Freudenwu) und Rummelhardt (Einsetzung einer Kommission für den Bau einer Untergrundbahn) abzulehnen, alle übrigen Anträge der Geschäftsordnung mässigen Behandlung zuzuweisen.

Vizebgr. Emmerling sagt nun: Zum Schluss noch eines. Herr Stadtrat Rummelhardt hat sich in seinen Ausführungen einer unerhörten Beschuldigung gegen alle Strassenbahnangestellten schuldig gemacht (Widerspruch bei der Minorität, Beifall bei den Sozialdemokraten). Herr Stadtrat Rummelhardt hat erklärt, dass es unter den Strassenbahnangestellten Plünderer und Brandstifter gegeben habe. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit). Das weist das stenographische Protokoll aus. Das ist eine unerhörte Beschuldigung (Stadtrat Rummelhardt: Was Sie sagen ist eine Unwahrheit! GR. Preyer: Bleiben Sie bei der Wahrheit, verdrehen Sie nichts! Der Lärm wird immer grösser, die Christlichsozialen begeben sich von ihren Bänken zum Referententisch und rufen: Wir sind alle Augen, dass hat Rummelhardt nicht gesagt. Endlich gelingt es dem Bürgermeister, die Ruhe wieder

Zweiter Bogen.

Bürgermeister Seitz :Ich werde den genauen Wortlaut im stenographischen Protokoll feststellen lassen. Sobald die Feststellung vorgenommen ist, werde ich das Geeignete veranlassen.

GR. Preyer:Das ist ein Vizebürgermeister! Bleiben Sie bei der Wahrheit! Bürgermeister Seitz :Es gibt kein anderes parlamentarische Mittel zur Feststellung des Sachverhaltes. Ich bitte um Ruhe!

GR. Doppler verlangt stürmisch, dass die Sitzung nur Feststellung des wahren Sachverhaltes unterbrochen werde. GR. Preyer ruft ununterbrochen dem Referenten zu: Sie verdrehen, Sie verdrehen. Er wird vom Bürgermeister Seitz zur Ordnung gerufen, und da er seine Zurufe fortsetzt, wiederholt der Bürgermeister den Ordnungsruf. Nun tritt etwas Ruhe ein und Gemeinderat Waldsan (E. L.) berichtet tatsächlich, dass die Strassenbahntarife im Deutschen Reich billiger sind als in Wien. GR. Rummelhardt berichtet tatsächlich, dass es unrichtig ist, dass er alle Strassenbahner un-erhört beleidigt hätte. Wahr sei vielmehr, dass er gesagt habe, dass nur ein Teil der Strassenbahner sich an den Vorfällen vom 15. Juli beteiligt hätte. Er müsse eine solche demagogische Insinuation auf das Entschädeste zurückweisen. Er erklärt, dass es eines Referenten unwürdig sei, solche Unwahrheiten zu sagen (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm. Emmerling berichtet tatsächlich, dass vier Strassenbahnbedienstete wegen der Ereignisse vom 15. Juli angezeigt worden sind und, trotzdem die Polizei lebhaft bemüht ist, den Leuten irgend etwas nachzuweisen, konnte bis jetzt nicht das Geringste gefunden werden (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Der Bürgermeister leitet nun die Abstimmung ein, die sich unter lebhafter Unruhe vollzieht. Die Anträge Preyer und Rummelhardt werden

Inzwischen ist von den Stenographen der Text der Reden der Stadträte Emmerling und Rummelhardt dem Bürgermeister überreicht worden. Bürgermeister Seitz verliest nun die Reden und knüpft daran folgende Bemerkung:

von den Mitgliedern der Mehrheit abgelehnt, wobei die Christlichsozialen rufen: Braucht Ihr keine Untergrundbahn!, die übrigen Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und die Vorlage gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Die Christlichsozialen begleiten die Verkündung des Ergebnisses der Abstimmung mit lebhaften Pfuirufen.

Es ergibt sich also, dass zwischen den Stadträten Rummelhardt und Emmerling eine schwere Meinungsverschiedenheit besteht. Stadtrat Rummelhardt ist der Meinung, dass Stadtrat Emmerling durch diese Worte ausdrücken wollte, Rummelhardt habe sämtlichen Strassenbahnern den Vorwurf der Beteiligung an diesen Exzessen gemacht. Herr Vizebgm. Emmerling dagegen erklärt, er habe nicht eine Beleidigung der gesamten Strassenbahner darin erblickt, dass der Vorwurf erhoben wurde, dass sich alle an den Exzessen beteiligt hätten, sondern er meint, der Vorwurf bestehe darin, dass Rummelhardt erklärt habe, dass es unter den Strassenbahnangestellten Plünderer gegeben habe. Er meint also, wenn man von einem Stande sage, dass unter ihm Plünderer seien, sei der Stand als solcher beleidigt, eine Auffassung, die in allen Disziplinarvorschriften ihre Begründung findet (Gelächter bei der Minderheit). Bekanntlich ist in allen Disziplinarvorschriften für die Angestellten öffentlichen Rechtes die Bestimmung enthalten, dass ein Einzelner durch irgend eine Tat auch das Ansehen des ganzen Standes schädigen könne. (Rufe bei der Minderheit: Entlassen Sie diesen!) Es wird daher auch im Disziplinarverfahren nicht selten wegen einzelner Delikte, die geeignet sind, das Ansehen des ganzen Standes zu verletzen, Disziplinarstrafen verhängt. Ich erinnere in dieser Hinsicht nur an alle Bestimmungen, die den Offizier- den Lehr- und Beamtenstand betreffen. Es haben daher in Ihrem Sinn beide Herren recht. Es erübrigt sich daher noch weiter diesen Gegenstand zu verhandeln und erkläre daher die Sitzung für geschlossen.

nach
Schluss der Sitzung / zwei Uhr früh.